

---

FDP Rosbach

# **STELLUNGNAHME ZU DER EINGEBRACHTEN VORLAGE DES HAUSHALTSPLANS 2017/2018**

22.02.2017

---

**Hans-Otto Jacobi, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Stadtparlament, am 21.  
Februar 2017**

dabei weitere Stellen im Bauhof für die Pflege vermehrter öffentlicher Flächen in Neubaugebieten sowie für die Sozialstation in der größer werdenden Stadt mit auch mehr pflegebedürftigen Menschen. Dies wird uns allerdings dosiert erst später ab kommendem Mai serviert. Von der Summe von jährlich ca. einer Million Mehrausgabe für Personal innerhalb der fünf Jahre dieser Wahlperiode haben wir dann außerhalb des Bereichs Kinderbetreuung auszugehen, wenn die Stellen besetzt sind. Somit ergibt sich aus Sicht des Bürgermeisters und dessen Unterstützern auch kein Spielraum für Steuerentlastung oder den mit oberster Priorität vorzusehenden Wegfall von Straßenbeiträgen. Als

Baugebiete und den von Haus- und Grundstückseigentümern finanzierten Straßenerneuerungen wird drastischer Stellenzuwachs auch mit der Notwendigkeit des verstärkten Entwickelns von Visionen durch die Verwaltung begründet. Hierzu stellen wir fest: Wir brauchen ausgewogene und überdachte Konzeptionen und dies ist etwas anderes, als das grandios gescheiterte Vorhaben des Überdachens des Platzes vor der Adolf-Reichwein-Halle. Mit neuem Sportzentrum an der Kapersburgschule ebenfalls in Rosbach oder Überlegungen zum Verlegen des Schwimmbads und Bürgerhauses an den Ortsrand Rodheims ist der Bedarf an Visionen schon mehr als erfüllt. Und zu Kosten liegen keinerlei belastbare Daten vor. Statt sich Wolkenkucksheime auszudenken ist die Verwaltung vielmehr gefordert, nicht weiterhin über Monate tatenlos zuzuschauen, wenn Regen in ein Gebäude der Stadt rinnt oder Böden geradezu verrotten und zu einer erheblichen Unfallgefahr werden.

Der Haushaltsentwurf des Bürgermeisters zeigt, dass ihm Maß und Ziel in vielfältiger Weise verloren gingen. Ein Doppelhaushalt jetzt macht keinen Sinn und es zeichnet sich bereits ab, dass die aufgezeigten Perspektiven von Investitionen und Schuldenentwicklung nicht zu halten sind. Aber das kennen wir bereits: laut früherer Planung sollten wir als Stadt ja inzwischen schon schuldenfrei sein. Vorgegaukelt werden unrealistische Daten insbesondere, um die angestrebten übermäßigen Stellenerhöhungen rechtfertigen zu können. Dafür werden Ausgaben in Millionen-höhe zunächst völlig ausgeblendet um hinterher sagen zu können: Das tut uns jetzt sehr leid, aber das haben wir vorher so nicht gewusst. Zwei Beispiele: Entschieden werden soll im Verlauf des Jahres die Zukunft des Wahrzeichens von Ober-Rosbach, dem „Alten Rathaus“ mit hoffentlich zumindest einer Teilnutzung für weitere dortige Veranstaltungen und Vereine. Im Plan ist die Fassadensicherung mit 400.000 € veranschlagt. Bleibt das Wahrzeichen weiter in Stadtbesitz, wird dessen Sanieren allerdings noch zwei Millionen teurer. Und wird es zu dem sehr optimistisch angesetzten Betrag verkauft, stellen sich die 400.000 € als eine Verkaufssubvention heraus. Oder die völlig offene Frage weiterer Räumlichkeiten für die Kinderbetreuung in Ober-Rosbach. Gerne unterstützen wir bei der Suche nach einem Freien Träger für das Betreuen der Kinder. Aber noch in diesem Jahr ist ebenfalls zu klären, ob deswegen die Kita Brüder-Grimm künftig geschlossen oder saniert wird und ob eine weitere Kita in welcher Größe durch einen Investor mit selbstverständlich



vorrangigen Entwickeln nicht einer Stadt, sondern von drei möglichst intakten Stadtteilen betonen. Diese sind und bleiben wichtiger als eine künstliche Mitte aus Beton. In ihrem unmittelbaren Lebensumfeld bleibt der Stadtteil für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger der zentrale Fixpunkt und für uns als Stadt unser wichtigstes Kapital. Dabei sind die Anstrengungen für eine höhere Attraktivität der historisch gewachsenen Stadtteile zu unternehmen und der festzustellenden Gefahr deren Ausblutens entgegenzuwirken zu werden.

In der Haushaltsentwicklung gilt es insbesondere, nach den uns zugeflossenen gestiegenen Steuermehreinnahmen verantwortungsbewusst zu bleiben und nicht fahrlässig lediglich auf eine weiterhin ungetrübt gute Konjunktur zu setzen. Plus auch in unserem Haushalt ist Ergebnis von Sondereffekten wie niedrigen Zinsen, billigem Öl und niedrigem Eurokurs. Hierauf dauerhaft zu setzen, ist für uns Signale, die zu Vorsicht mahnen, gibt es genug. Voraus zu sehen ist jedenfalls dem vorgeschlagenen immensen Fix-Block von zusätzlichen und dann auch auf dem Personal ausgaben bereits eine Konjunkturdelle ein massives Loch in den Haushalt reißt, das nur durch weitere Bürgerbelastung gestopft werden kann. Dies wollen wir vermeiden, zumal wir wissen, dass auch in wirtschaftlich guter Zeit der Grundstein für eine andauernde Verschlechterung eines Haushalts gelegt werden kann. Deshalb lehnen wir den Haushaltsplan ab und stellen unsere Anträge als zusätzliche sinnvolle Korrekturen.